



# **Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)**

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:  
**Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)**  
**Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25**  
**Telefon: 01/ 718 59 19\*, Fax: 01/ 718 59 23**  
**E-Mail: [pressedienst@sudeten.at](mailto:pressedienst@sudeten.at)**

Wien, 5. Dezember 2005/GE

## **SLÖ-Brief an Angela Merkel zu Berlin-Besuch Jirí Paroubeks**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

wir ersuchen Sie wegen des Umstandes, dass wir uns als Vertreter der Österreichischen Vertreibungsoffer des Genozids an unserer Volksgruppe aus Anlass des bevorstehenden Besuches des Premiers der Tschechischen Republik an Sie wenden, nicht ungehalten zu sein.

Da auch wir Vertriebene in Österreich immer wieder vom Inhalt - beziehungsweise von dessen Interpretation durch die tschechische Seite - der bisherigen Regierungsgespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik betroffen waren, sei es uns erlaubt darauf hinzuweisen, dass es der Tschechischen Politik gelungen ist, Ihren Vorgänger Dr. Gerhard Schröder in der Sache "Sudetendeutsche" zu Erklärungen zu bewegen, die es der tschechischen Seite erlaubten sicher zu gehen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr mit der Thematik "Vertreibung" befassen wird.

Wir müssen daher erwarten, dass die tschechische Seite versuchen wird - nicht im ersten Punkt, jedoch als Kernpunkt erster Gespräche auch von Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, eine derartige Festlegung zu erhalten.

Der österreichische Bundeskanzler, Dr. Wolfgang Schüssel, besuchte in der letzten Woche unser Domizil, das "Haus der Heimat in Wien". In der Sudetendeutschen Frage setzte Schüssel auf Kontinuität und meinte, dass er weiterhin das Unrecht der Vertreibung thematisieren werde.

Und wir hegen Zuversicht auf die Wahrung sudetendeutscher Interessen, wenn wir Ihrem Koalitionsvertrag entnehmen, dass sich die neue Regierung "zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration. Flucht und Vertreibung" bekennt.

Es wäre für eine Entspannung des "Sudetendeutschen Problems" positiv, wenn es gelingen würde, die Ansichten der Deutschen - und der Österreichischen - Regierungen gegenüber der Tschechischen Republik so klar, unmissverständlich und einheitlich zu koordinieren, um auf tschechischer Seite keine Verhärtung der aus unserer Sicht unverständlichen Standpunkte hervorzurufen.